

Antisemitismus an Schulen weit verbreitet

Klassenkameraden beschimpfen jüdische Jugendliche – soziale Netzwerke verschärfen das Problem

Andreas Schmid

Die Klassenkameraden haben ihrem jüdischen Mitschüler antisemitische Textnachrichten und Hitlersymbole geschickt. Über Whatsapp wurde der Gymnasiast verunglimpft, bis sein Vater einschritt und das Gespräch mit der Schulleitung suchte. Der Vorfall spielte sich kürzlich ab, an einer Kantonsschule in einem bürgerlichen Grossstadtquartier. Er fragte sich, wie es dazu komme, dass im Jahr 2018 «anständige Buben» Naziparolen verwendeten, sagt der Vater. Die Verantwortlichen der Schule versicherten ihm, Rassismus werde nicht toleriert und die Jugendlichen würden für das Thema sensibilisiert.

Ein Zentralschweizer Kantonsschule eskalierten die Angriffe gegen einen 12-jährigen Erstgymnasiasten jüdischen Glaubens letztes Jahr sogar derart, dass die Eltern der Klassenkameraden mit einem Brief darüber informiert werden mussten. Begonnen hatte das Mobbing mit Hitler-Bildern und antisemitischen Karikaturen, die Mitschüler über soziale Netzwerke verbreiteten.

Wiederholt gelangten betroffene Eltern mit derartigen Fällen an ihn, sagt Dominic Pugatsch, Geschäftsführer der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA). An Schulen gebe es immer wieder rassistische Vorfälle. «Die sozialen Netzwerke dienen dabei häufig als Brandbeschleuniger.» Mitläufer schliessen sich laut Pugatsch den Rädelsführern an, die Kameraden anderen Glaubens beschimpfen. «Das Internet ist der Stammtisch der Jugendlichen.»

Alle Schulstufen betroffen

Die gemeldeten Vorkommnisse an Gymnasien zeigten, dass das Rassismusproblem an Mittelschulen genauso bestehe wie an Sekundar- und Realschulen, hält Pugatsch fest. Die Stiftung GRA bietet sich als Anlaufstelle für Schulleitungen und Betroffene an, um in Konflikten zu vermitteln und Lösungen zu suchen. Die Statistik aller 27 in diesem Be-



Rassistische Angriffe geschehen oft über Hasstiraden in Chats.

reich tätigen Schweizer Beratungsstellen zeigt, dass die Schule nach dem Arbeitsplatz am stärksten von rassistischen Vorfällen tangiert ist. Wie Jugendliche jüdischen Glaubens sind auch Muslime und Schüler mit schwarzer Hautfarbe betroffen.

In einer Mitteilung schilderte die eidgenössische Kommission gegen Rassismus im Frühling ein Beispiel aus dem letzten Jahr: Die Mutter eines Zehnjährigen wandte sich an eine Beratungsstelle, weil ihr Sohn von den Mitschülern als «Negerlein» beschimpft worden war. Zudem sollen ihn die Klassenkameraden gefragt haben, warum er stinke und ob er Ebola habe.

GRA-Geschäftsführer Dominic Pugatsch beobachtet, dass Rassismus im Alltag oft hingenommen werde, ohne dass jemand interveniere oder eine Fachstelle einschalte. Deshalb wisse man nur von einem Bruchteil der Fälle. Pugatsch erwähnt, dass ihn auch die Entwicklung ausserhalb von Schule und Arbeitsplatz beunruhige. Kinder, die jüdische Zürcher Schulen besuchen, gingen aus Sicherheitsgründen stets begleitet ins Fussballtraining. Während der Partien des FC Hakoah - der jüdische Fussballverein in Zürich existiert seit 1922 - müssten sich Spieler und Anhänger regelmässig verunglimpfen lassen.

Ein Vater, dessen Söhne in Nachwuchsmannschaften des Klubs mittun, erzählt von den

gekauft» sei noch eine der harmloseren Diffamierungen. Die Hasstiraden kämen ebenso von Schweizern wie von Personen ausländischer Herkunft, von Christen und Muslimen. Der Vater sagt: «Wenn sich Zwölfjährige so äussern, frage ich mich, woher sie das haben.» Einiges müsse von den Eltern übernommen worden sein, mutmasst er.

Gefährliche Dynamik

Jugendliche sähen sich ausserdem durch Botschaften in den sozialen Netzwerken animiert, sich rassistisch zu verhalten, sagt Experte Pugatsch. Internetplattformen böten Kleingruppen die Gelegenheit, sich schnell zu vergrössern und etwa in einem Klub oder einer Klasse eine verheerende Dynamik auszulösen. Laut Pugatsch stehen oft Beschimpfungen in Whatsapp-Chats oder in sozialen Netzwerken am Anfang.

Sicherheit von Synagogen

Mehr Geld vom Staat gefordert

Seit Jahren fordern religiöse Minderheiten in der Schweiz, dass sich Bund und Kantone finanziell stärker am Schutz ihrer Einrichtungen beteiligen. Der Anschlag auf eine Synagoge in Pittsburgh in den USA von Ende Oktober, bei dem ein Antisemit Ende Oktober elf Menschen erschossen hatte, bestärkt die jüdischen Organisationen im Ansinnen.

80 Jahre nach der «Kristallnacht» vom 9. November stellt Antisemitismus nach wie vor ein akutes Problem dar. Die Gefahr terroristischer Anschläge zwingt die jüdischen Gemeinden, viel Geld für den Schutz ihrer Synagogen aufzuwenden.

Die baselstädtische Regierung beantragte deshalb kürzlich dem Parlament, mehr an die Sicherheitskosten der jüdischen Gemeinde beizutragen. In allen anderen Kantonen sei aber bisher noch keine Lösung für die Deckung dieser Ausgaben gefunden worden, sagt Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds. Der Bundesrat machte im Juli einen Schritt: Er willigte ein, künftig einen Teil der Sicherheitskosten religiöser Minderheiten zu übernehmen. Die Kantone müssen sich paritätisch beteiligen. Man sei nun auf gutem Weg, sagt Kreutner. (asc.)

ANZEIGE

Parteispenden: Firmen sollen Farbe bekennen

Die Rechtskommission des Ständerats will grosse Firmen zwingen, Spenden an die Politik offenzulegen.

Daniel Friedli

Wie schwierig das Thema Spenden in der Politik ist, hat sich diese Woche gleich mehrfach gezeigt. Die Waadtländer Ständerätin Géraldine Savary (sp.) gab ihren Verzicht auf eine Wiederwahl bekannt, weil sie von einem Milliardär mehr Spenden angenommen hat, als ihrer Partei lieb ist. Im Bundeshaus machten sich derweil die Ständeräte daran, Möglichkeiten für einen Gegenvorschlag zur sogenannten Transparenz-Initiative zu prüfen, mit der die Linke mehr Klarheit über die Geldflüsse in der Politik erreichen will.

Nicht kommuniziert wurde indes, dass die Rechtskommission des Ständerates diesbezüglich in einem anderen Geschäft bereits erste Pflöcke eingeschlagen hat. Auf Antrag des Schaffhausers Thomas Minder (svp.) beschloss sie, börsennotierte Unternehmen via Aktienrecht zur Transparenz über ihre Spenden zu verpflichten. So sollen diese Firmen künf-

tig im Vergütungsbericht offenlegen, wie viel Geld sie gesamt-haft für Wahlen und Kampagnen an politische Akteure vergeben haben. Und sie sollen bei Beträgen von über 10 000 Franken auch den Empfänger des Geldes nennen, wobei die Firmenstatuten allerdings auch eine andere Schwelle vorsehen können.

Der Vorschlag kommt insofern überraschend, als ähnliche Anträge bisher im Parlament nie eine Mehrheit fanden. Und noch erstaunlicher ist, dass der jetzige Antrag ohne Minderheit ans Ratsplenum überwiesen wurde. Denn die Wirtschaft hat sich bisher stets gegen eine Transparenzpflicht gewehrt, und sie wäre auch von der nun geplanten Bestimmung stark betroffen.

Gemäss Umfragen verteilen viele grosse Firmen Spenden an die Politik, darunter die beiden Grossbanken. Die Credit Suisse etwa spendet jährlich bis zu einer Million Franken an Parteien, die UBS bezifferte ihr Engagement für 2016 mit 700 000 Franken. Noch häufiger beteiligen sich die Firmen an einzelnen politischen Kampagnen. An wen dabei wie viel Geld fliesst, lassen die meisten Unternehmen indes offen.

THE JOY OF GIVING

BUCHERER

BUCHERER

1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN

Basel Bern Genève Interlaken Lausanne Locarno Lugano Luzern St. Gallen St. Moritz Zermatt Zürich
Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg München Nürnberg | Wien | København | London | Paris | bucherer.com